
Newsletter Mai 2020

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen und Berichte aus dem NS-Dokumentationszentrum.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 9
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 12
Neu in der Bibliothek.....	S. 17
Am rechten Rand.....	S. 19
Bildnachweise und Impressum.....	S. 22

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**

„als die US-Truppen am 6. März 1945 bis zum Kölner Dom vorrückten, waren sie erstaunt, auf wie wenig Widerstand sie stießen. Die meisten der in der Stadt ausharrenden Kölner*innen zeigten sich erleichtert, dass mit der Ankunft der Sieger endlich auch das Ende des Bombenkrieges gekommen war. Die Bewohner*innen der rechtsrheinischen Stadtteile mussten hingegen bis Mitte April auf ihre Befreiung warten. Es vergingen weitere drei Wochen, bis ab dem 8. Mai 1945 dann mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches endlich die Waffen zumindest in Europa endgültig schwiegen. So erlebten die Kölner*innen im Frühjahr 1945 gleich drei ‚Kriegsenden‘ – die in der Ausstellung des NS-Dokumentationszentrum materialreich und spannend dargelegt werden (s. S. 2).

Nachdem 1985 der damalige Bundespräsident Weizsäcker dieses Datum als „Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ bezeichnete, wurde eigentlich in der großen Mehrheit der Bevölkerung schon lange nicht mehr darum gerungen, wie der 8. Mai zu deuten sei.

Inzwischen gibt es jedoch viele Stimmen, die eine inhaltliche Neu- oder Wiederbesetzung des Datums fordern. „Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Es ist nicht hinnehmbar, dass 75 Jahre danach extreme Rechte in allen deutschen Parlamenten sitzen und in immer rascherer Folge Mord auf Mord folgt“, schreibt die Holocaustüberlebende Esther Bejarano. Die Lehren des 8. Mai umzusetzen, bedeute für sie u.a.

„einzugreifen, wenn Jüdinnen und Juden, Muslime, Roma und Sinti und andere, die nicht in das Weltbild von Nazis passen, beleidigt und angegriffen werden.“

Norbert Frei verweist in der Süddeutschen Zeitung auf eine Solidarität, die sich auch ökonomisch ausdrücken müsse. Europa könne eine eindringliche Vergegenwärtigung dessen bitter gebrauchen, was im gemeinsamen Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland und nach der Befreiung Europas möglich wurde „Drei Generationen nach der Befreiung [...] hätte es etwas zutiefst Befreiendes, wenn sich die Exportnation Deutschland endlich von viel zu lange und viel zu stur propagierten finanzpolitischen Scheinprinzipien und falsch verstandenen wirtschaftlichen Eigeninteressen verabschiedete“, so der Historiker.

Migrantische Selbstorganisationen rufen anlässlich der Morde von Hanau (s. dazu auch S. 3) für den 8. Mai zu einem „Tag des Widerstands“ auf. „Während der Krieg und die NS-Diktatur ihr Ende fanden, lebten die Nazi-Ideologie und ihre Vertreter*innen weiter und so haben Rassismus und Antisemitismus in Deutschland Tradition“, heißt es in dem Aufruf.

Drei Beispiele dafür, welche Bedeutung der 8. Mai weiterhin hat und wie wichtig die Auseinandersetzung mit Geschichte für die Gegenwart zukommt. Ich danke Stefan Hößl, Julia Klatt und Patrick Fels für ihre Unterstützung bei diesem Newsletter. Kommen Sie gut durch diese Zeit!

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Bitte beachten Sie: ALLE Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums bis Mitte Juni 2020 müssen aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt bzw. verschoben werden. Bitte informieren Sie sich auf www.nsdok.de über die aktuellen Entwicklungen.

Kriegsenden in Köln

Stadt und Menschen zwischen dem 6. März und dem 8. Mai 1945

Anlässlich der 75. Wiederkehr des Kriegsendes wird das NS-DOK völlig neue Wege beschreiten. Das Gewölbe des EL-DE-Hauses wird zu einer „Media-Box“. Gezeigt werden Kombinationen aus Licht- und Audioinstallationen sowie Film- und Bilder-Projektionen. Das eröffnet neue Zugänge zu den Themen „NS-Zeit“, „Krieg“ und „Umgang mit der Vergangenheit“.

Vertiefende historische Inhalte und Materialien werden in sieben Medienstationen vermittelt.

Dort finden sich ausführliche Einführungstexte zu sämtlichen Themenaspekten; Auszüge aus Briefen und Tagebüchern in Wort und Schrift, hunderte Fotos, Ausschnitte aus historischem Filmmaterial sowie Passagen aus Videointerviews mit Zeitzeug*innen.



Die I.G. Farben und das Konzentrationslager Buna-Monowitz

Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus

Das KZ Buna-Monowitz wurde 1942 gemeinsam von dem Chemiekonzern I.G. Farben und der



SS errichtet. Durch unmenschliche Arbeitsbedingungen kamen dort tausende Häftlinge zu Tode oder wurden in den Gaskammern in Auschwitz-Birkenau ermordet, wenn sie nicht

mehr arbeitsfähig waren. Die Ausstellung zeichnet Entstehung, Betrieb und Auflösung des KZs nach. Historische Fotografien dokumentieren den Blick von Konzern und SS. Sie werden kontrastiert mit autobiographischen Texten sowie mit Aussagen von Überlebenden in den Nachkriegsprozessen. Informationen zu deren Bemühungen um Entschädigung nach 1945 beschließen die Ausstellung.

Zu beiden Präsentationen (s.u.) gibt es auf www.nsdok.de 360-Grad-Rundgänge, mit deren Hilfe Sie die Ausstellungsräume „durchwandern“ und erfahren können. Außerdem sind auch die jeweiligen Inhalte in vollem Umfang online verfügbar.

Zur „Kriegsenden“-Ausstellung finden Sie eine umfassende WebApp unter:
<https://kriegsenden.nsdok.de/>

Zur Ausstellung, die sich mit der IG Farben auseinandersetzt, gibt es einen umfangreichen Online-Katalog sowie eine ausführliche Materialsammlung unter:

https://www.fritz-bauer-institut.de/fileadmin/editorial/download/ausstellungen/Katalog_Buna-Monowitz_Einzelseiten.pdf

https://www.fritz-bauer-institut.de/fileadmin/editorial/download/ausstellungen/Buna-Monowitz_Materialienmappe.pdf

Acht Wochen nach dem Anschlag von Hanau¹

Warum wir weiterhin über Rechtsextremismus und Rassismus sprechen müssen

Etwa acht Wochen ist es nun her, dass Tobias R. in einem extrem rechten und rassistischen Terrorakt neun junge Menschen ermordet hat: Ferhat Unvar, Vili Viorel Păun, Hamza Kurtović, Sedat Gürbüz, Fatih Saraçoğlu, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Gökhan Gültekin, Kaloyan Velkov. Im Anschluss tötete R. seine Mutter und sich selbst.

„Was vorgefallen ist, tut mir so in der Seele weh. Mein Herz blutet dermaßen, ich kann nicht in Worten beschreiben, was passiert ist“ – so näherte sich der Hanauer Kemal Kocak, der viele Opfer des Anschlags kannte, dem Schmerz der Angehörigen und Freund*innen. Nicht nur seine auf der Trauerfeier in Hanau gehaltene Rede, die bei YouTube² abrufbar ist, erhielt viel Resonanz, auch darüber hinaus war die Anteilnahme in den sozialen Medien sowie der analogen Welt groß, wenn auch noch lange nicht ausreichend. Die erneuten Mahnungen, nun endlich über Rassismus in Deutschland zu sprechen und die Beteuerungen, den rechten Terror ernst zu nehmen, scheinen in Zeiten der Corona-Krise in weite Ferne gerückt zu sein. Dabei sind für Personen, die (im Gegensatz zu den Verfasser*innen) täglich von Rassismus betroffen sind, die Ängste vor Diskriminierung und Gewalt weiterhin da und eine alltägliche Realität. Daneben gibt es auch die Wut, wie sie migrantische Initiativen zum Ausdruck bringen, die anlässlich des Anschlags von Hanau für den 8. Mai zu einem „Tag des Widerstands“ aufrufen oder auch die scheinbare Resignation angesichts einer Ignoranz gegenüber der Allmacht rassistischer Vorstellungen: „Ich habe keine Angst, ich bin nicht wütend, ich bin auch nicht mehr traurig“, schreibt Tarik Tesfu. „Ich fühle irgendwie nichts. Weil Rassismus, rechter Terror und das Wegschauen von Politik und Co. mich stumpf machen. Das ist das Schlimmste.“³

Kein Rechtsextremist?

Schon kurz nach der Tat sind sich die Bundesanwaltschaft und auch die Bundesregierung einig, dass der Täter nach ersten Erkenntnissen

aus „rechtsextremistischen, rassistischen Motiven gehandelt“ habe. Das Video, das der Täter veröffentlicht, beinhaltet abstruse Verschwörungstheorien und legt ein zutiefst rassistisches Weltbild offen: er spricht von „Rassen“ und von Plänen, verschiedene Regionen von bestimmten Personengruppen zu „säubern“. Rund sechs Wochen nach der Tat machen andere Schlagzeilen die Runde: „Rechte Tat, aber kein rechter Täter?“, ist beispielsweise bei tagesschau.de zu lesen.⁴ Hintergrund sind Einschätzungen des BKA, nach denen der Täter „in erster Linie nicht von einer rechtsextremen Gesinnung getrieben worden sei. Er habe seine Opfer vielmehr ausgewählt, um möglichst viel Aufmerksamkeit für seine Verschwörungstheorie zu bekommen.“⁵ Nachdem es um diese in den Medien verbreitete Einschätzung der Ermittler*innen viel Aufregung gegeben hatte, nahm BKA-Präsident Holger Münch auf Twitter Stellung: „Die Ermittlungen dauern an. Das BKA bewertet die Tat als eindeutig rechtsextremistisch. Die Tatbegehung beruhte auf rassistischen Motiven.“⁶ Um das Hin und Her zwischen Ermittlungsbehörden und Medien soll es an dieser Stelle gar nicht gehen, ein Abschlussbericht liegt derzeit noch nicht vor. Aber die kolportierte These, dass der Täter kein Rechtsextremist gewesen sei, löste zu Recht Kritik aus, da sie sich einreihet in eine immer wiederkehrende Relativierung rassistischer Gewalt in Deutschland. Entsprechende Berichte hätten bei den Angehörigen der Opfer von Hanau Verunsicherung und Empörung ausgelöst, so Selma Yilmaz-Ilkhan, Vorsitzende des Hanauer Ausländerbeirats in der SZ. „Sie fürchten, dass die politische Dimension dieser Tat vom Bundeskriminalamt verkleinert werde.“⁷ Daher habe die Klarstellung den Familien gut getan.

Der Schmerz jedoch bleibt.

¹ Der Text der Mitarbeiter*innen der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus erschien am 15.04.2020 auf www.mbr-koeln.de. Die (zum Zeitpunkt des Erscheinens des Newsletters nicht mehr stimmigen) Zeitangaben wurden so belassen.

² <https://www.youtube.com/watch?v=NXUYcQbcr8A>

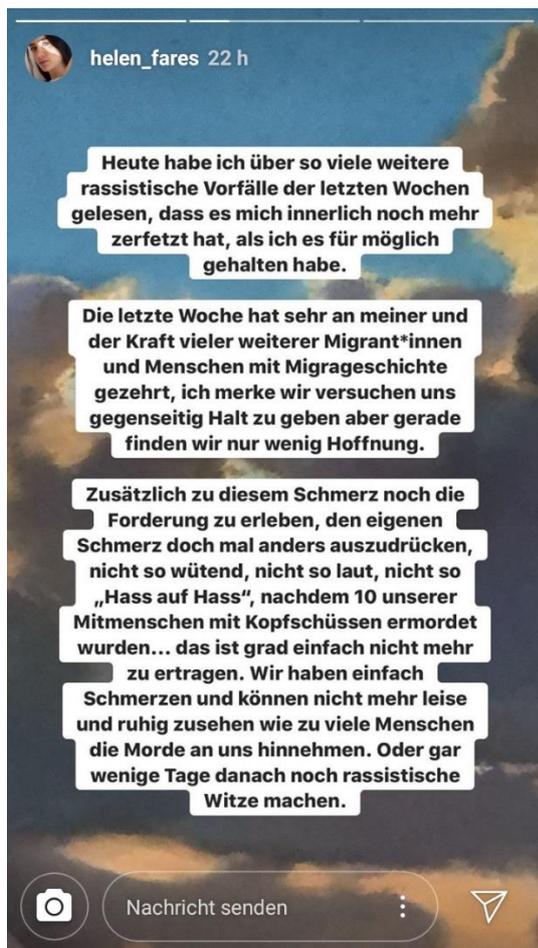
³ Zeit Online, 26.02.2020, <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-02/rassismus-hanau-anschlag-rechte-gewalt-wir-sind-hier>

⁴ tagesschau.de, 27.03.2020, <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/hanau-taeter-bka-101.html>

⁵ SZ, 28.03.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/anschlag-hanau-rechtsextremismus-abschlussbericht-bka-1.4859441>

⁶ Twitter BKA, 31.03.2020, <https://twitter.com/bka/status/1244938778374025218>

⁷ SZ, 6.04.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/hanau-anschlag-bka-interview-selma-yilmaz-ilkan-1.4868900>



Quelle: Instagram Helen Fares (bei Instagram „helen_fares“), 14.03.2020, Story-Screenshot

Zuhören

Viel zu kurz war die Zeit der Trauer nach dem Anschlag, viel zu wenige wichtige Stimmen hatten Raum, um zu Wort zu kommen. Ja, es gab Platz für Solidarität und Mitgefühl. Besonders deutlich wurde dies auf der zentralen Trauerfeier für die Betroffenen des Anschlags in Hanau, auf der Familienmitglieder der getöteten Menschen sich u.a. bei Hanauer*innen für die Anteilnahme bedankten. „Dank an den Ausländerbeirat, die muslimische Gemeinde, den Weißen Ring, und den Hanauer Oberbürgermeister, „der, so wie ich das sehe, uns unterstützt bei der schwierigen Zeit gerade“, so Kemal Kocak, der mit vielen der in Hanau Ermordeten befreundet war.

Doch wieder einmal ging der Rest des Landes viel zu schnell zur Tagesordnung über. „Anschläge mit nicht weißen Opfern werden nicht als Katastrophen wahrgenommen, sie lösen

keine flächendeckenden, konsequenten, substantiellen Reaktionen in der Mehrheitsgesellschaft aus“, konstatierte die Autorin und Kolumnistin Sibel Schick im Missy Magazin.⁸ Nach Hanau wird es weitere Anschläge und Angriffe geben. Wir werden sie vielleicht nicht verhindern können. Aber wir können versuchen, ihnen den ideologischen Nährboden zu entziehen. Denn „der Rassismus ist in unserer Gesellschaft längst wieder hoffähig geworden und ermutigt Menschen zu solchen Taten“, so Tayfun Kelttek, Vorsitzender des Integrationsrats Köln im Kölner Stadt-Anzeiger.⁹ So muss eine der Konsequenzen aus dem Anschlag sein, denjenigen zuzuhören, die von alltäglichem Rassismus betroffen sind. Zum Beispiel Serpil Temiz, Mutter des in Hanau getöteten Ferhat Unvar, die in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel eine vollständige Aufklärung der Tat fordert, Unterstützung für die Familien der Angehörigen sowie die Gründung einer Stiftung, die „Aufklärungsarbeit gegen Hass und Rassismus“¹⁰ leisten soll. In dem „Institut für Toleranz und Zivilcourage – 19. Februar Hanau“ seien alle Familien der Getöteten und die Verletzten vertreten, berichtet Selma Yilmaz-Ilkhan. Mit dem Verein wolle man Bildungsarbeit betreiben, denn: „Die Familienangehörigen wollen ja nicht Opfer auf ewig sein. Sondern Menschen, die was zu sagen haben und in die Gesellschaft positiv wirken.“

Die „Initiative 19. Februar Hanau“ betont: „Hanau ist unsere Stadt, unser Zuhause. So ist es und so wird es bleiben. Hier sind die Angehörigen, Familien und Freund*innen der Opfer und Verletzten. Sie müssen gehört werden“ Und weiter: „Und es geht um mehr: Jugendliche und Erwachsene in Hanau sprechen in den letzten Tagen viel darüber, welche Alltagserfahrungen sie mit Rassismus machen – in der Schule, in der Kita, auf der Arbeit, in der Bahn. Auch für diese Gespräche braucht es einen Raum und Vertrauen. Gegen das Vergessen, gegen das Verschweigen, gegen die Angst.“¹¹

Politik und Medien

Interessant waren die Reaktionen aus Politik und Medien. Wurde in den ersten Berichten einzelner Medien noch von „Shisha-Morden“ geschrieben und gesprochen, wurde das nach massiver öffentlicher Kritik durchaus korrigiert. Das ist auch das Ergebnis von People of Colour und rassismuskritischen Menschen, die sich in

⁸ missy-magazin.de, 25.02.2020, <https://missy-magazine.de/blog/2020/02/25/deutschland-brennt/>

⁹ KStA, 20.02.2020, <https://www.ksta.de/koeln/reaktionen-auf-morde-in-hanau-schweigeminute-im-historischen-rathaus-fuer-opfer-36278206>

¹⁰ Brief Serpil Temiz vom 4. März 2020, im Original unter: https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-03/brief_0403.pdf

¹¹ <https://19feb-hanau.org/>

die Auseinandersetzung um Deutungshoheit eingemischt haben und nach den Debatten um den NSU zunehmend Gehör finden. Beispielhaft für viele bezeichnete Boris Rhein (CDU), Präsident des hessischen Landtages, die Tat als rassistisch und verwies darauf, dass die Ermordeten „zu uns gehören“. „Sie waren keine Fremden. Sie waren Mitbürger unserer Gesellschaft“, betonte der Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) in Ablehnung des Wortes „Fremdenfeindlichkeit“. Trotz solcher positiven Beispiele plopt dennoch zum tausendsten Mal die Frage auf, warum viele Medien, Politiker*innen und Bürger*innen immer noch in den 1990ern festzustecken scheinen und immer noch von „Fremdenfeindlichkeit“ sprechen – so z.B. geschehen auf verschiedenen Kölner Gedenkveranstaltungen zu Hanau. Medial werde „oft die Erzählung fortgeschrieben, dass ein Deutscher (einer von ‚uns‘) Migranten getötet hat (einige von ‚denen‘)“, schreiben die „Neuen deutschen Medienmacher*innen“ in einer Stellungnahme zu Hanau: „Unsere Perspektive dagegen ist: Hier hat ein weißer Deutscher zehn Hanauer*innen getötet (viele von ihnen sind ohnehin nie migriert), weil er eine völkisch-rassistische Weltsicht vertritt.“¹² Wer Menschen als „fremd“ bezeichnet, macht sie zu Fremden und grenzt sie aus. Nennen wir das Kind beim Namen: es ist und bleibt Rassismus.

Es sind genau solche sprachlichen und damit auch gedanklichen Gewohnheiten und Mechanismen, die als Teil eines Systems von Rassismus und Diskriminierung Menschen dazu bringen, ihre Existenz, ihre Emotionen, ihren Namen, ihr Aussehen, ihr Leben an einem bestimmten Ort und ihre Entscheidungen immer wieder legitimieren zu müssen. Sie bereiten den Nährboden für Hass und Hetze, suggerieren, dass der Anschlag in Hanau keiner war, der jede*n etwas angeht.

Abwehr

Ein Schlag ins Gesicht für die Betroffenen: das Narrativ vom „wirren Einzeltäter“, das nicht nur, aber insbesondere durch Vertreter*innen der „Alternative für Deutschland“ in den öffentlichen Raum gespeist und dort aufgenommen wurde. „Die wahnhafte Tat eines Irren“ benannte AfD-Parteichef Jörg Meuthen den rechtsterroristischen Anschlag und die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel twitterte vom „Amoklauf eines offensichtlich Geistesgestörten“. Ähnlich gesprochen wurde schon über den Mord an Walter Lübcke oder den antisemitisch, rassistisch und

antifeministisch motivierten Anschlag in Halle. Schnell werden die psychischen Einschränkungen des Täters angeführt, die als Legitimation für die Taten herhalten sollen. Die Pamphlete des Täters von Hanau legen tatsächlich den Schluss nahe, dass er Wahnvorstellungen hatte. Doch mit der Reduktion des Täters auf seine scheinbare „Unzurechnungsfähigkeit“ tritt die rassistische Motivation zur Tat in den Hintergrund. Viel offensichtlicher: sein Handeln aus rassistischen Motiven, der Fantasie des „großen Austausches“, sein Wunsch „Bevölkerung zu säubern“ und sein Aufteilen von Menschen, die „zum deutschen Volk gehören oder nicht“. Eine Erkrankung schützt nicht vor rechten Ideologien, sie ist keine Erklärung für die Ermordung von Menschen, die der Täter nicht zufällig aussuchte. Seine Motive wurden mittels Schreiben und Video durch den Täter selbst eindeutig dokumentiert. Dort wird von der „Islamisierung Deutschlands“ oder der „drohenden Umvolkung“ schwadroniert – Begriffe, die auch bei der AfD oder anderen rechten Gruppierungen Verwendung finden. Mit der Leugnung dieses Zusammenhangs und dem Verweis auf den „Einzeltäter“ entledigen sich Rechtsextremist*innen und Rechtspopulist*innen jeglicher Mitverantwortung. Im Anschluss machen sie es sich wieder in der Opferrolle gemütlich.

Warum die Erzählung vom „Einzeltäter“ aber auch von anderen immer wieder herangezogen wird, ist schnell zu beantworten: Die Theorie bietet ein einfaches Erklärungsmuster für ein komplexes gesellschaftliches und politisches Problem. Die Auseinandersetzung damit würde für jede*n Einzelne*n Reflexion und Arbeit bedeuten.

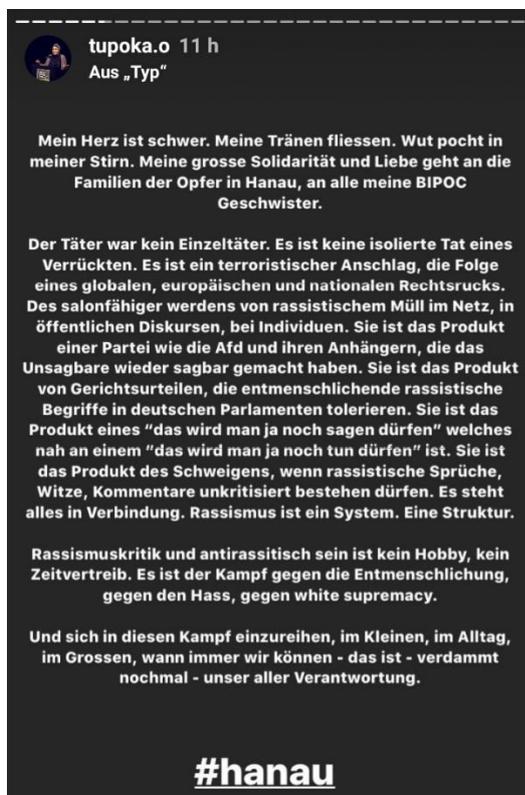
Erinnern statt Verdrängen

Viele Menschen haben sich für die Erinnerung an die Opfer des Anschlags eingesetzt. In etlichen Städten sind Plakate mit den Gesichtern der Ermordeten zu sehen. unter dem Hashtag #SayTheirNames werden vor allem auf Twitter und Instagram nun immer mehr Posts mit den Namen der Opfer veröffentlicht. Direkt nach dem Anschlag wurden in ganz Deutschland Demonstrationen und Gedenkminuten abgehalten. Doch gleichzeitig wurde immer wieder spürbar, dass es kein Innehalten der gesamten Gesellschaft gibt. Deutlich spürbar war dies im Karneval. „Ja, es gab Schweigeminuten, in denen man der Ermordeten gedachte, es gab scharf kommentierende Umzugswagen, es gab klare Büttenreden“, schreibt die Schauspieler*in und

¹² neue deutsche medienmacher*innen, 25.02.2020, <https://www.neuemedienmacher.de/berichterstattung-hanau/>

Autorin Samira El Ouassil auf [spiegel online](#).¹³
„Aber mithilfe kostümierten Wegfeierns eine tröstliche Alltäglichkeit wieder herstellen zu wollen, ist einerseits falsch verstandene Widerständigkeit gegen Rechtsextremismus, andererseits Demonstration mangelnden Verständnisses darüber, welches Fanal der Anschlag in Hanau darstellt.“

Der Schock hat sich bei viel zu vielen gelegt, heute wird das Leben von Corona dominiert. Beinahe könnte die Vermutung aufgestellt werden, dass endlich der Fokus woanders liegt. Umso mehr gilt es nun, weiter über Rechtsextremismus und Rassismus zu sprechen.



Instagram Tupoka Ogette (bei Instagram: „tupoka.o“), 25.02.2020 Story-Screenshot

In unser aller Verantwortung steht, diejenigen zu unterstützen, die sich als Betroffene oder als Allies (Personen, die nicht selbst Teil der Communities sind, aber diese aktiv unterstützen) engagieren und das Thema immer wieder präsent zu halten.

Unterstützung geht auch durch Spenden, zum Beispiel hier:

Spenden für die Arbeit der Initiative 19. Februar Hanau

Lückenlos e.V.
IBAN: DE19430609674108589900
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank Bochum
Verwendungszweck: "19Februar"

Spenden für die Hinterbliebenen und Überlebenden des rassistischen Attentats am 19. Februar in Hanau

Kontoverbindung des Opferfonds CURA:
Amadeu Antonio Stiftung
GLS Bank Bochum
IBAN: DE75 4306 0967 6005 0000 02
BIC: GENODEM1GLS
Verwendungszweck: „HANAU“

¹³ [spiegel-online.de, 27.02.2020, https://www.spiegel-online.de/kultur/karneval-nach-hanau-keine-heilung-durch-helau-a-8f6de79a-044c-4b5d-a663-57d3e7fc74cf](https://www.spiegel-online.de/kultur/karneval-nach-hanau-keine-heilung-durch-helau-a-8f6de79a-044c-4b5d-a663-57d3e7fc74cf)

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger stellt den ersten Antisemitismusbericht des Landes Nordrhein-Westfalen vor



Etwas mehr als ein Jahr im Amt, stellte die Antisemitismusbeauftragte Nordrhein-Westfalens, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, am 14. April 2020 den ersten ihrer jährlichen Antisemitismusberichte des Landes vor. In ihm nimmt sie eine Bestandsaufnahme zu Antisemitismus in NRW vor, geht auf ihr Aufgabengebiet ein,

berichtet von ihren Tätigkeiten und formuliert Empfehlungen für die Bekämpfung des Antisemitismus sowie für die Verbesserung der Antisemitismusprävention. Unter dem Titel „Fakten, Projekte, Perspektiven“ geht sie auf 68 Seiten auf den Berichtszeitraum von Januar bis Dezember 2019 ein.

Die Antisemitismusbeauftragte betont in ihrem Bericht mit Nachdruck, dass Antisemitismus als ein grundsätzlich antidemokratisches Phänomen zu verstehen ist, das das Leben und die Lebensperspektiven von Jüdinnen und Juden – auch in NRW – sehr real bedroht. In diesem Sinne, so Frau Leutheusser-Schnarrenberger, heißt „[g]egen Antisemitismus vorzugehen [...], für unsere Demokratie und für unsere Grundrechte einzustehen“ (Antisemitismusbericht NRW 2020: 4).

In ihrer Bestandsaufnahme stellt sie zunächst bereits bekannte Statistiken und Studienergebnisse vor. Dabei zeigt sie auf, dass aktenkundig gewordene antisemitische Straftaten bundesweit zugenommen haben – und dies auch in NRW. Wurden in Deutschland im Jahr 2015 1.366 antisemitische Hassverbrechen registriert, waren es im Jahr 2016 1.468, im Jahr 2017 1.504 und im Jahr 2018 1.799 (vgl. ebd.: 9). In NRW wurden im Jahr 2019 310 antisemitische Straftaten erfasst (vgl. ebd.: 10), wobei im Bund sowie in NRW ein großes Dunkelfeld existiert und sich in den angeführten Zahlen lediglich die strafrechtlich relevanten Vorfälle widerspiegeln. Viele antisemitische Vorfälle sind hierin entsprechend nicht aufgenommen. Wenn – wie im Bericht – Ergebnisse wie die einer Studie der Europäischen Grundrechteagentur aus dem Jahr 2018 reflektiert werden, nach der 29 Prozent der befragten deutschen Jüdinnen und Juden verbale oder physische Gewalt (mit-)erlebt haben (vgl. ebd.: 17), so lassen sich die tatsächlichen Ausmaße der gegenwärtigen Bedrohungssituation von Jüdinnen und Juden erahnen.

Im Bericht skizziert Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, welche Maßnahmen und Projekte der Landesregierung gegen Antisemitismus existieren, wenngleich die Liste in der Summe recht übersichtlich wirkt. Aufgeführt werden hier mitunter deutsch-israelische Austauschprogramme in Kooperation mit Yad Vashem u. a. für Schüler*innen, aber auch Fort- und Weiterbildungen, Delegationsreisen und Studienfahrten, die der Sensibilisierung beispielsweise von Richter*innen und Polizist*innen dienen. Daneben werden Projekte und Institutionen benannt, die im Bereich der Antisemitismusprävention tätig sind und durch das Land gefördert werden. Benannt werden u. a. die Servicestelle für Antidiskriminierung, Beratung bei Rassismus und Antisemitismus (SABRA), verschiedene weitere Servicestellen gegen Diskriminierung sowie das Informations- und Dokumentationszentrum Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW). Des Weiteren geht Frau Leutheusser-Schnarrenberger auf Einzelprojekte wie zum Beispiel ‚Run in my shoes‘ ein, das sich insbesondere in Essen an Schulen und Jugendeinrichtungen wendet und in den Themenbereichen ‚Antisemitismus und Rassismus‘ sensibilisiert.

Für den Verantwortungsbereich des Ministeriums für Schule und Bildung wird darauf verwiesen, dass Schwerpunkte insbesondere in der Stärkung der Arbeit des schulpsychologischen Dienstes (Schaffung neuer Stellen) und der Beratung von Schulen bei der Prävention und Intervention in Bezug auf Antisemitismus sowie auf konkreten Maßnahmen gegen Antisemitismus lagen. Auch der Entwicklung von pädagogischen Materialien für die Bildungsarbeit sowie der Überprüfung von Schulbüchern kam ein besonderes Gewicht zu.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft, so Frau Leutheusser-Schnarrenberger, wurden im Themenfeld Antisemitismus Ausstellungen konzipiert und umgesetzt sowie zahlreiche Projekttagge durchgeführt und Publikationen gefördert. Hier existieren jedoch noch weitere vom Land unterstützte und für das Themenfeld relevante Maßnahmen, die nicht aufgeführt werden – so beispielsweise die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus.

Die Antisemitismusbeauftragte verweist darauf, dass die Koordinierung der Arbeiten zur Antisemitismusprävention zu ihren Kernaufgaben zählt. Um die Dimensionen von Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen in den Blick zu bekommen habe sie 2019 die „Problembeschreibung

Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen“ in Auftrag gegeben, in deren Rahmen zahlreiche Interviews geführt wurden. Hierbei kooperierte die Staatskanzlei mit der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, SABRA und bagrut e. V. Ziel sei es, auf der Basis damit verbundener Erkenntnisse auf die Schaffung einer zentralen, unabhängigen Meldestelle antisemitischer Vorfälle im Jahr 2020 hinzuwirken, die den Namen ‚Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen‘ tragen soll. Diese Stelle soll zu einer besseren Einschätzung des Antisemitismus im Bundesland NRW beitragen und einen Beitrag zur Entwicklung eines bundesweit einheitlichen Meldesystems leisten.

Daneben sollen, so die Antisemitismusbeauftragte in ihren Forderungen und Vorschlägen, präventive Projekte im Themenfeld ‚Antisemitismus‘ gefördert werden, die möglichst viele Menschen in NRW erreichen. Dies setzt sie sich als einen Schwerpunkt des zweiten Jahres ihrer Tätigkeit. Aber auch die Vernetzung regional gegen Antisemitismus agierender Initiativen, Gemeinschaften, Akteur*innen und Organisationen und die Schaffung breiter Bündnisse stellt für sie etwas Zentrales dar.

Schulen und Jugendsozialeinrichtungen empfiehlt sie darüber hinaus, Partnerschaften insbesondere mit Erinnerungsorten und Gedenkstätten (im Bericht begrifflich als „Mahn- und Gedenkstätten“ benannt) zu suchen. Mit Blick auf Universitäten sowie auf den Bereich ‚Aus- und Fortbildungen‘ fordert sie die Verankerung einer antisemitismuskritischen Pädagogik und die Intensivierung der (Weiter-)Entwicklung attraktiver, lebensweltorientierter und vor allem geeigneter zielgruppenspezifischer pädagogisch-didaktischer Materialien.

Letztlich könne es laut Frau Leutheusser-Schnarrenberger aber nicht bei punktuellen Bemühungen bleiben: „Grundsätzlich ist Antisemitismus nur dann effektiv entgegenzutreten, wenn es einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt, dass wir keinen Platz für die Diskriminierung von Menschen in unserem im Grundgesetz verankerten Wertesystem und in unserer offenen Gesellschaft haben.“ (ebd.: 48)

Dem Bericht beigelegt sind auf den Seiten 53 bis 62 Literatur-Empfehlungen (auch zu Methoden) sowie ‚hilfreiche Links‘, deren Durchsicht jedoch nicht deutlich macht, nach welchen Kriterien ausgewählt wurde. Der Anspruch, umfassend über Publikationen zu bereits entwickelten und zum Teil langjährig erprobten Methoden zu informieren, scheint hier leider nicht das zentralste gewesen zu sein, wenn allein berücksichtigt wird, wie viele nützliche Publikationen in diesem Feld existieren, von denen nur äußerst wenige aufgenommen wurden. (hoe)

Der gesamte erste Antisemitismusbericht steht hier zum Download zur Verfügung:

https://www.land.nrw/sites/default/files/asset/document/erster_antisemitismusbericht_nrw.pdf.

Die Mitarbeiter der Fachstelle [m²] haben eine Literaturliste zum Thema Antisemitismus, vor allem zu langjährig erprobten und bewährten Methoden einer antisemitismuskritischen Bildungsarbeit erstellt, die online hier zur Verfügung steht:

www.nsdok.de/mhochzwei.

Sie wird in unregelmäßigen Abständen aktualisiert.

Weitere Veranstaltungen

Wir reden mit

Online-Veranstaltung, Montag, 4. Mai 2020, 19 Uhr

Der Kölner Flüchtlingsrat lädt ein: „Die Interviewreihe ‚Wir reden mit‘ ist eine Kooperation zwischen Flüchtlingszentrum FliehKraft und Forum für Willkommenskultur und hat das Ziel, verlässliche Informationen weiterzugeben und freiwilliges Engagement in der heutigen Zeit zu fördern. Am 4. Mai reden wir mit Locke von Alarm Phone über die aktuelle Situation der Krise im Mittelmeer.

Das ‚Watch the Med Alarm Phone‘ ist ein Projekt, das im Oktober 2014 von einem Aktivist*in-

nen-Netzwerk und zivilen Akteur*innen in Europa und Nordafrika ins Leben gerufen wurde. Das Projekt startete ein selbstorganisiertes Call-Center für Geflüchtete, die auf dem Mittelmeer in Seenot geraten. Dabei wird von Seenot Betroffenen eine zweite Möglichkeit gegeben, ihren Hilferuf an die Küstenwachen zu tragen. In Echtzeit wird ein Fall dokumentiert und ggf. weitere Unterstützung mobilisiert.“

Zugang nach Anmeldung an:
wyszecki@koelner-fluechtlingsrat.de

Pandemie und Infodemie – Desinformation und Populismus in Corona-Zeiten

Online LiveChat, Mittwoch, 6. Mai 2020, 18 Uhr

Die Friedrich-Ebert-Stiftung lädt ein: „In Zeiten von Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverbot verbringen Menschen viel Zeit zu Hause und konsumieren Informationen zum Corona-Virus, darunter oft auch Fake News und Verschwörungstheorien. Wir erleben also nicht nur eine Corona-Pandemie, sondern auch eine Infodemie.

Rechtspopulistische Parteien in Deutschland und Europa scheinen momentan öffentlich etwas weniger Gehör zu finden, versuchen die Krise aber natürlich für ihre Zwecke zu nutzen. „Das Ausmaß von Desinformationen zu Corona ist massiv. Desinformationen verbreiten sich viral und sind deswegen auch ansteckend. Menschen weisen Informationen, die ihnen von Bekannten und Freunden weitergeleitet werden, eine gewisse Glaubwürdigkeit zu. Das ist eine Ursache für die Verbreitung von Desinformationen. Eine andere Ursache ist die hohe Verunsicherung“, sagt Johannes Hillje, Social Media-Forscher.

Referent: Johannes Hillje, Politik- und Kommunikationsberater, Autor des Buches ‚Propaganda 4.0‘

Moderation: Vivien Leue, Journalistin

Wir wollen mit ihm über die Herausforderungen der Informationsvermittlung in Pandemie-Zeiten sprechen und freuen uns, wenn Sie mit uns diskutieren. Bitte melden Sie sich über den Anmeldebutton an. Am Morgen des 06.05. erhalten Sie den Link, um sich ins zoom-Meeting einzuloggen. Der Livechat wird aufgezeichnet. Ein Zusammenschnitt wird im Anschluss auf www.fes.de/landesbuero-nrw eingestellt.

Datenschutz: Die Friedrich-Ebert-Stiftung nutzt für ihre Onlineangebote die leistungsfähige Software der US-Firma www.zoom.us. Die technische Infrastruktur von Zoom ist auf US-Servern hinterlegt. Die FES selbst legt im Zoom-System keine Daten von Teilnehmenden an. Das Anmelde-Management erfolgt ausschließlich über die FES-eigene Datenbank. Im Sinne von Datensparsamkeit ist es möglich, den Zoom-Raum mit abgewandelter Namensgebung (z.B. nur Vorname oder Dienststelle) zu betreten. Für weitere Informationen siehe: <https://zoom.us/de/privacy.html>.

Die Audio- und Webcam-Nutzung steht während des Live-Chat nur den Referent_innen und Moderator_innen zur Verfügung. Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit die Chat-Funktion für Fragen und Kommentare zu nutzen. Eine Verpflichtung dazu besteht selbstverständlich nicht.“

Der Rechtspopulismus in der Krise

Online-Vortrag, Dienstag, 26. Mai 2020, 19 Uhr

ASH Sprungbrett e.V. lädt ein: *„Die Alternative für Deutschland (AfD) befindet sich derzeit in einer dreifachen Krise: Sie wird in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet, spielt während der Corona-Pandemie aktuell eine untergeordnete Rolle und widmet sich gegenwärtig vor allem den parteiinternen Konflikten. Wie aber ist die angekündigte Selbstauflösung des rechtsextremen Netzwerks "Der Flügel" um Björn Höcke zu bewerten? Welche Rolle spielen die innerparteilichen Konflikte? Und wie wird die Partei weiter auf die Folgen der Corona-Krise reagieren?“*

Der Vortrag bietet neben einer Klärung des umstrittenen Begriffs "Rechtspopulismus" eine Antwort auf die obigen Fragen und richtet den Blick

auch auf die Situation vor den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen, die für den 13. September geplant sind.“

Der Referent, Richard Gebhardt, ist Publizist und Referent in der Erwachsenenbildung in Köln und Aachen.

Den **Zugang zum Livestream** erhalten Sie nach vorheriger Anmeldung unter ada@ash-sprungbrett.de.

Die Teilnahme ist kostenlos. Für die Teilnahme an dem Vortrag benötigen Sie das Programm „Zoom“.

Rassismuskritische Jugendarbeit in Zeiten von Corona

Online-Austauschraum für Fachkräfte, Dienstag, 19. Mai 2020, 14 Uhr

IDA-NRW/projekt.kollektiv lädt ein: *„Viele Fachkräfte der Jugendarbeit haben sich inzwischen auf den Weg gemacht, das eigene Handeln und Selbstverständnis rassismuskritisch zu reflektieren, dabei auch eigenen Privilegierungen und Verantwortungen in der Rolle als Fachkraft anzuerkennen sowie Handlungsansätze für eine rassismuskritische und solidarische Praxis zu entwickeln. Doch was verändert sich in Zeiten, in denen ein Virus unser aller Leben und Miteinander bestimmt, und in denen es scheinbar dringlichere Probleme gibt? Was bedeutet eine rassismuskritische Praxis in Zeiten des „Social Distancing“ und in einer Welt, in der auch Corona rassistische Diskurse (re-)aktiviert und*

unterschiedliche Betroffenheiten erzeugt? Wir bieten interessierten Fachkräften einen Online-Austauschraum an, in dem wir uns gemeinsam darüber austauschen können, was die gegenwärtige Situation angesichts aktueller Notwendigkeiten und Bedarfe für uns und unsere rassismuskritischen Handlungsansätze bedeutet.

Weitere Informationen und Anmeldung:

<https://www.ida-nrw.de/veranstaltung/register/result/reguid/hmac/zweiter-termin-rassismuskritische-jugendarbeit-in-zeiten-von-corona-online-austauschraum-fuer-fach/>

Weitere Online-Angebote. Eine kleine Auswahl an Veranstaltungsreihen

Bundeszentrale für Politische Bildung

Die bpb streamt für Jugendliche jeden Tag eine Schulstunde lang live. Gemeinsam mit Professorinnen und Professoren, Youtube-Stars, den Kolleginnen von Eurotopics und TeamGLOBAL, Studentinnen und Studenten der Politikwissenschaft und Bonn Postkolonial wird geschaut „was so los ist in der Welt“ und mit den Teilnehmer*innen diskutiert.

Alle Folgen gibt es in der Übersicht der Politikstunde zum Nachschauen. Dort sind interessante Beiträge archiviert, zum Beispiel zu Verschwörungstheorien oder zu Postkolonialismus.

<https://www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/306590/die-politikstunde>

Bildungsstätte Anne Frank

Die Fortbildungen zu Religiöse Vielfalt, Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung, rechten Ideologien und Radikalisierung gibt es jetzt auch digital: Mit dem neuen Webinar-Programm will die Bildungsstätte Anne Frank dafür sorgen, dass auch während der Corona-Krise andere wichtige Themen nicht aus dem Blick geraten. Darunter finden sich Webinare zu Themen wie Antisemi-Gender oder Antimuslimischer Rassismus, die beide bereits ausgebucht sind. Das Angebot „Schauplatz Schule – Rassismus und Diskriminierung erkennen, benennen und anpacken“ richtet sich exklusiv an Lehramtsstudierende und Referendar*innen. Die Bildungsstätte baut ihr Angebot derzeit ständig aus und wird bald neue Termine anbieten.

<https://www.bs-anne-frank.de/erwachsenenbildung/#c6177>

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Mit der Coronakrise erleben wir auch eine Zuspitzung von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt. In der neuen Podcastserie „Aufklären & Einmischen: Vor Ort“ spricht der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) deshalb gemeinsam mit NSU Watch seit Anfang April wöchentlich mit Expert*innen und Betroffenen darüber, wie Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt den Alltag vieler Menschen beeinträchtigen und beeinflussen.

Dazu teilt der VBRG mit: „In der neuen Podcastserie „Aufklären & Einmischen: Vor Ort“ sprechen wir deshalb gemeinsam mit NSU Watch seit Anfang April wöchentlich mit Expert*innen und Betroffenen darüber, wie Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt den Alltag vieler Menschen beeinträchtigen und beeinflussen.“

Schwerpunkt-Land der aktuellen Folge 3 ist Sachsen: Mit der Journalistin Nhi Le aus Leipzig haben wir über die Zuspitzung von anti-asiatischen Rassismus und die Gegenwehr der Betroffenen, mit Rechtsanwältin Kristin Pietrzyk über die strafrechtliche Aufarbeitung von Rechtsterrorismus in Sachsen und mit der Opferberatung SUPPORT u.a. über die mangelnde

Unterstützung für Betroffene eines rassistischen Brandanschlags in Döbeln gesprochen.

Schwerpunkt-Land der Folge 2 ist Hessen: Mit dem Künstler und Musiker Dominique Baltas, der den rassistischen Anschlag in Hanau überlebte, mit der Traumapädagogin und Aktivistin Newroz Duman von der Initiative 19. Februar und der Opferberatungsstelle response haben wir über die Nachwirkungen des rechtsterroristischen Anschlags von Hanau, die Auswirkungen der Pandemie-bedingten Restriktionen auf den Alltag der Überlebenden des Anschlags und über Hessen als Rechtsterrorismus-Kernland gesprochen.

*Schwerpunkt-Land der Folge 1 ist Thüringen: Mit Berater*innen der Opferberatungsstelle ezra haben wir über die Situation von Geflüchteten in Sammelunterkünften unter den Pandemie-Restriktionen, über die lückenhafte Strafverfolgung bei neonazistischen Gewalttaten und die Umstellung der Beratungsarbeit in Zeiten der Coronakrise gesprochen.*

In den kommenden Folgen beleuchten wir u.a. die Situation in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Sachsen-Anhalt, Bayern, Berlin und Baden-Württemberg.“

Alle Folgen unter: www.verband-brg.de

Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

Denkfahrt Auschwitz-Köln

Spendenaufwurf von Maro Drom – Kölner Sinti und Freunde e.V.



Aus dem Newsletter des Vereins EL-DE-Haus e.V.:

„Seit vielen Jahren schon arbeiten das NS Dokumentationszentrum und die Familie Reinhardt aus

Roggendorf-Thenhoven gut und vertrauensvoll zusammen. In mehrere Projekte des NS-Dok zur Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma im Nationalsozialismus sind Erfahrungen und Berichte von Angehörigen der Kölner Sinti-Familie eingeflossen. Der Musiker Markus Reinhardt hat häufig mit seinem international bekannten Ensemble Veranstaltungen im EL-DE-Haus begleitet und u. a. die Spendenverdopplungsaktion der Bethe-Stiftung aktiv unterstützt.

Im Jahre 2015 haben Markus Reinhardt und einige weitere Aktive den Verein ‚Maro Drom – Kölner Sinti und Freunde e.V.‘ gegründet, der sich die Bewahrung der Geschichte, Sprache und Kultur deutscher Zigeuner zum Ziel gemacht hat. ‚Maro Drom‘, aus dem Romanes übersetzt heißt das „Unser Weg“, hat seitdem erfolgreich an verschiedenen Standorten in Köln und NRW Festivals durchgeführt, bei denen mit kleineren Ausstellungen, Lesungen, Konzerten und Diskussionen über die Erfahrungen der Familie Reinhardt und anderer Sinti und Roma unter den Nazis und in der Nachkriegszeit informiert wurde.

Als mobiler Ausstellungs-, Begegnungs- und Aktionsraum diente dabei ein historischer ‚Zigeunerwagen‘, der jeweils für den konkreten Zweck angemietet werden musste. Ermutigt durch die ausgesprochen positive Resonanz auf diese Veranstaltungen entstand die Idee für die ‚Denkfahrt Auschwitz Köln‘. Auf den Spuren der überlebenden Vorfahren wollen die Aktiven von ‚Maro Drom‘ begleitet von einigen Zeitzeugen den Weg von den polnischen Lagern nach Köln erfahren. Unterwegs sollen an verschiedenen Standorten Informations-, Begegnungs- und Kul-

turfeste nach Kölner Muster veranstaltet werden. Im Mittelpunkt stehen dabei Erinnern, Begegnung, Lernen und Miteinander. Es soll um Gedenken und um Nachdenken gehen. Und um Anstöße für ein Neudenken gemeinsamer Zukunft. In gegenseitiger Wertschätzung, ohne Vorurteile und Diskriminierung.

Dieses Vorhaben traf bei den Kölnerinnen und Kölnern und in den Medien auf Interesse und Zuspruch. In ersten Kontakten zu öffentlichen Stellen beim Bund und beim Land NRW wurde die Bereitschaft zur Beteiligung an den Projektkosten signalisiert. Offen ist aber nach wie vor die Finanzierung des Herzstücks der geplanten Aktion: des historischen Oberlichtwagens. Der ‚Zigeunerwagen‘ soll auch nach der ‚Denkfahrt Auschwitz Köln‘ weiterhin als mobiles Kulturzentrum und Veranstaltungsstätte dienen.

Mit maßgeblicher Unterstützung von Dr. Karola Fings und dem NS-DOK und bezuschusst von der Landeszentrale für politische Bildung NRW haben Markus Reinhardt und Krystiane Vajda von ‚Maro Drom‘ zwanzig Zeitzeugen aus Köln, anderen deutschen Städten, aus den Niederlanden und aus Polen um ihre Geschichten gebeten und diese in Videointerviews mit Texten, Fotos und weiteren Exponaten dokumentiert. Damit existiert bereits eine hervorragende Grundlage für den Umbau des Oberlichtwagens zu einem fahrbaren Ausstellungsraum. Nun fehlen Maro Drom noch die Mittel, um den 60.000 € teuren historischen „Zigeunerwagen“ anzuschaffen.

Mit Ihrer Spende können Sie einen wirksamen Beitrag dafür leisten, dass aus unserer Idee eine einzigartige Aktion werden kann. Der Verein ‚EL-DE-Haus e.V.‘ stellt dafür sein Konto zur Verfügung. Bei Spenden unter 200 € reicht beim Finanzamt der Überweisungsbeleg als Nachweis. Für darüber liegende Beträge erhalten Sie selbstverständlich eine entsprechende Spendenbescheinigung.

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE05 3702 0500 0001 2559 01

Weitere Informationen: <http://marodrom.de>

Mehr Menschen von rechter Gewalt betroffen Pressemitteilung der Opferberatungen NRW

OBR und BackUp teilen mit: „2019 gab es in Nordrhein-Westfalen (NRW) 202 rechte Gewalttaten mit mindestens 322 direkt betroffenen Menschen, darunter eine zunehmende Anzahl von Kindern. Dies ist das Ergebnis der Jahresstatistik der Opferberatung Rheinland (OBR) und BackUp, den beiden Beratungsstellen für Betroffene extrem rechter, rassistischer, antisemitischer und anderer menschenfeindlich motivierter (kurz: rechter) Gewalt. Die beiden Beratungsstellen registrierten 2019 eine leichte Abnahme der rechten Gewalttaten gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig stieg die Zahl der von dieser Gewalt direkt betroffenen Menschen. So wurden vermehrt Menschen angegriffen, verletzt oder massiv bedroht, die zu zweit oder in größeren Gruppen unterwegs waren. 14 Prozent der Betroffenen waren unter 18 Jahre alt.

Das häufigste Tatmotiv war, wie in den Vorjahren, Rassismus: 67 Prozent aller 2019 registrierten Gewalttaten waren rassistisch motiviert, mindestens 239 Menschen wurden wegen ihrer (vermeintlichen) Herkunft oder Religionszugehörigkeit angegriffen und zum Teil erheblich verletzt. Zu den Betroffenen zählen Menschen, die seit Jahrzehnten ihren Lebensmittelpunkt in NRW haben oder in Deutschland geboren wurden, Schwarze Menschen, Muslim*innen, Rom*nija und Geflüchtete.

Die beiden Beratungsstellen weisen seit Jahren auf das erschreckende Ausmaß rassistischer Gewalt und die zunehmende Unsicherheit be-

troffener Menschen und Gruppen hin. Sie unterstützen Angegriffene und Geschädigte und fordern in jedem Einzelfall die gesellschaftliche Solidarität mit den Opfern. Dies allein reicht aber aus Sicht der Beratungsstellen nicht: 'In NRW könnte die Einrichtung einer oder eines Landesbeauftragten gegen Rassismus eine wichtige Maßnahme sein, um die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Solidarität in Politik und Öffentlichkeit bewusster zu machen', so Birgit Rheims von der OBR.

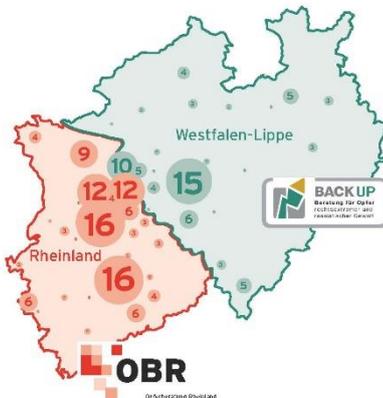
Angriffe auf sogenannte ‚politische Gegner*innen‘ haben 2019 gegenüber den Vorjahren erneut zugenommen (2019: 46, 2018: 43, 2017: 34). Rund 23 Prozent aller 2019 registrierten Gewalttaten richteten sich gegen Menschen, die sich politisch und zivilgesellschaftlich gegen Rechtsextremismus und Rassismus einsetzen oder für Demokratie, Pluralität und Geflüchtete engagierten.

Die Jahresbilanz 2019 der OBR und BackUp dokumentiert vor allem versuchte Tötungen (6 % der Angriffe), einfache und gefährliche Körperverletzungen (79 %), Brandstiftungen (knapp 3 %) sowie einige Bedrohungen und Sachbeschädigungen (9 %), die aufgrund ihrer massiven Folgen für die Geschädigten als Gewalttat gewertet werden.

Besonders erschreckend war die Gewalttat in Bottrop und Essen zum Jahreswechsel 2018/2019. Ein Mann war aus rassistischen Motiven mehrmals gezielt mit seinem Auto in feiernde Menschengruppen gefahren. Vor dem Landgericht Essen wurde der Täter in zwölf Fällen wegen Mordversuchs angeklagt. Mindestens 69 Menschen waren laut Anklage direkt von der rassistisch motivierten Tat betroffen. 'Dass der Täter vor Gericht für schuldunfähig befunden wurde, war für viele schwer zu verkraften. Die Anerkennung einer rassistischen Tat als solche ist für die Betroffenen enorm wichtig, um das Erlebte besser verarbeiten zu können', sagt Sabrina Carasco Heiermann von BackUp. 'Rassismus muss als solcher benannt werden – auch wenn der Täter psychisch krank ist.'“

Rechte Gewalt in NRW 2019

Jahresstatistik von OBR und BackUp



202 Angriffe mit 322 direkt Betroffenen



Für Menschlichkeit, Vielfalt und Akzeptanz

Ausbildung zum/zur Trainer*in für diskriminierungskritische Bildungsarbeit



Die Kurdische Gemeinschaft Rhein-Sieg/Bonn e.V. bietet im Rahmen des Projektes ‚Zeichen setzen!‘ eine zertifizierte Ausbildung (7 Ganztagstermine/ Wochenende) zum/zur Trainer*in für diskriminierungskritische Bildungsarbeit für junge Menschen zwischen 16-30 Jahren an: „Ziel der Fortbildungsreihe ist die Ausbildung von zukünftigen Multiplikator_innen im Antidiskriminierungsbereich, die nach ihrer

Ausbildung vornehmlich an Schulen im Rhein-Sieg-Kreis je nach Bedarf zum Einsatz kommen und Bildungsworkshops für Schüler_innen durchführen. Diese werden zudem honoriert. Nach Abschluss der Ausbildung wird ein Zertifikat zum/zur Trainer_in für diskriminierungskritische Bildungsarbeit ausgestellt. Der Einsatz in Schulen wird zudem honoriert.

Hintergrund: *Rassismus ist, wenn Menschen mit (angenommenem) Migrationshintergrund beleidigt, ausgegrenzt oder angegriffen werden. Klar, oder? Antisemitismus ist, wenn Menschen auf-*

grund ihrer jüdischen Herkunft beleidigt, beschimpft und anderen antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt sind.

Das ist aber noch nicht alles. Rassismus und Antisemitismus können sich auch unbewusst und indirekt äußern. Sie wirken auf verschiedenen Ebenen. Angehörige von Minderheiten vertreten ebenso rassistische und diskriminierende Positionen wie Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Selbst Diskriminierung zu erleben, bedeutet leider nicht, sich nicht diskriminierend gegenüber anderen Minderheiten zu verhalten. All dies ist Diskriminierung – egal von wem es ausgeht. Deshalb ist die inhaltliche Auseinandersetzung und Reflexion umso wichtiger.“

Veranstaltungsort: Kurdischen Gemeinschaft Rhein-Sieg/Bonn e.V., Lindenstraße 58, 53721 Siegburg

Anmeldungsfrist: Freitag, den 15.05.2020 per Mail an: integrationsagentur@kurdische-gemeinschaft.de; Telefon:02241-978466.

Auswahlgespräche: Samstag, den 16.05.2020 zwischen 10 - 18 Uhr.

Aufgrund der derzeitigen Corona Situation können auch je nach Situation die Veranstaltungen Online erfolgen. Dieses soll kein Hindernis zur Teilnahme darstellen! Wir möchten euch sehr gerne dazu aufmuntern teilzunehmen.

Nach den Morden in Hanau

Menschenrechtliche Verpflichtungen zum Schutz vor und zur effektiven Strafverfolgung von rassistischer und rechtsextremer Gewalt umsetzen

Das Institut für Menschenrechte teilt mit: „Die rassistischen und antisemitischen Anschläge in Halle und Hanau sowie die Aufdeckung rechtsextremer und rechtsterroristischer Gruppierungen und Netzwerke, in die auch Beamte aus Sicherheitsbehörden involviert sind, haben die Bedrohung durch Rassismus und Rechtsextremismus ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Von Rassismus und Antisemitismus Betroffene stellen mit hoher Dringlichkeit die Frage, ob sie in Deutschland vor Gewalt, Übergriffen und Hetze geschützt sind, und for-

dern ein grundsätzliches Umdenken und die Sicherstellung ihrer Repräsentation und Beteiligung in Staat und Gesellschaft.

Mit einer Stellungnahme zeigt das Institut die aus menschenrechtlicher Perspektive bestehenden Handlungsbedarfe auf und skizziert Handlungsempfehlungen für den Schutz vor rassistischer, antisemitischer und rechtsextremer Gewalt und deren wirksame Strafverfolgung.“

Die Stellungnahme (=Broschüre) steht online zur Verfügung unter:

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/>

Germans & Jews

Film über nichtjüdische Deutsche und in Deutschland lebende Juden



Der Kölner Filmverleih W-film teilt mit: „75 Jahre Kriegsende, Zeit für einen Perspektivwechsel! Im Zentrum von 'Germans & Jews – Eine neue Perspektive' steht eine außergewöhnliche Dinnerparty in Berlin: nichtjüdische Deutsche und in Deutschland lebende Juden diskutieren erfrischend offen über ihre hochsensible Beziehung zueinander. Heute lebt in Berlin die am schnellsten wach-

sende jüdische Bevölkerung Europas. Diese Entwicklung war 1945 absolut unvorstellbar, wie konnte das geschehen? Kann sich ein Jude jemals in Deutschland zu Hause fühlen? Es entsteht ein lebendiger kultureller Austausch über den Wandel in Deutschland. Gleichzeitig unbequem und provokant, unerwartet und aufschlussreich.

'Germans & Jews – Eine neue Perspektive' ist eine Zusammenarbeit der nichtjüdischen Deutschen Janina Quint und der jüdischen Amerikanerin Tal Recanati. Beide leben in New York,

das vom Coronavirus stark betroffen ist. Ihr Dokumentarfilm macht in der aktuellen Krise besonders schmerzlich bewusst, wie wichtig es für eine humane demokratische Gesellschaft ist, dass Menschen an einem Tisch sitzen und miteinander ins Gespräch kommen können. Auch mit Blick auf die aktuelleren rechtsextremen und antisemitischen Tendenzen in Deutschland.

Germans & Jews – Eine neue Perspektive

USA 2016, 76 Min., FSK 6

Regie: Janina Quint

Ausführende Produzentin: Tal Recanati

mit Kommentaren von: Fritz Stern (Holocaust-Forscher), Rafael Seligman (deutsch-jüdischer Schriftsteller), Rabbi Andreas Nachama (Topographie des Terrors), Herbert Grönemeyer (deutscher Rockmusiker) u.v.m.

Mehr denn je, brauchen wir jetzt inspirierende Filme! Daher startet W-film am 14. Mai 2020 'Germans & Jews – Eine neue Perspektive'. Aber wie? Noch ist unsicher, ob die Kinos ihre Tore wieder öffnen können. Sollte das nicht der Fall sein, werden wir den Film exklusiv über das W-film On Demand Angebot vod.wfilm.de starten. Unsere Partner-Kinos beteiligen wir dann mit 50 Prozent an den Einnahmen. Ein Update dazu gibt es Anfang Mai."

<https://www.wfilm.de/germans-and-jews/>

Weltoffenheit im Sport fördern

Broschüre des Landesportbundes NRW

Der Landessportbund (LSB) NRW teilt mit: „Seit Jahren versuchen Zivilgesellschaft und Politik in Deutschland der Dynamik gerecht zu werden, die durch Globalisierung, verstärkte Zuwanderung und sozialen Wandel in Gang gekommen ist – eine denkbar anspruchsvolle Aufgabe. Auch die Institutionen des Sports in NRW haben ihr Engagement für Respekt, Weltoffenheit und gesellschaftliche Teilhabe nochmals ausgebaut. Besonders, aber nicht nur auf Ebene der Arbeit mit Geflüchteten.

Denn die besagte Dynamik macht sich auch im Sport bemerkbar: Nicht wenige Menschen sind verunsichert. Zwar engagieren sich viele Helfer*innen unglaublich intensiv für das soziale Zusammenwachsen. Einige aber geraten an die Grenzen der Belastbarkeit. Und manche werden

gar angefeindet, weil sie sich für andere einsetzen. Hier setzt der LSB NRW an. Im Rahmen von ‚Entschlossen weltoffen! – Gemeinsam für Demokratie und Respekt im Sport‘ macht er Informations-, Beratungs- und Schulungsangebote, um ehren- und hauptamtlich Tätige in Vereinen, Bündeln und Verbänden zu unterstützen. Ziel ist es, sie für Diskriminierung und menschenverachtendes Verhalten zu sensibilisieren und ihnen Handlungssicherheit im Umgang damit zu vermitteln. Des Weiteren bietet der LSB NRW eine anlassbezogene Beratung bei konkreten Vorfällen im organisierten Sport an.“

Die Broschüre des LSB unter:

<https://www.lsb.nrw/unsere-themen/integration-und-inklusion/entschlossen-weltoffen>

Bildungsarbeit gegen Voreingenommenheiten und Diskriminierungen Online-Veröffentlichung zur Anti-Bias-Bildung erschienen

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbildung e. V. (IDA) teilt mit: „Mit dem Ansatz der Anti-Bias-Bildung werden Voreingenommenheiten und Einseitigkeiten in Bezug auf verschiedene gesellschaftliche Differenzlinien bearbeitet. Dadurch werden strukturelle Schiefheiten und Diskriminierungen sichtbar. Dies ermöglicht es Handlungsspielräume auszuleuchten und als von Diskriminierung und Vorurteilen betroffene Person in eine aktive Rolle zu kommen. Gleichzeitig ermöglicht der Ansatz eine Sensibilisierung für die Herausforderungen einer vielfältigen Gesellschaft und für die Lebensrealitäten verschiedener benachteiligter Gruppen. Mit der Veröffentlichung unterstützt IDA die pädagogische Bearbeitung von Diskriminierungen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.“

Autor der Online-Veröffentlichung ist Dr. Prasad Reddy, der Gründer und Geschäftsführer des in Bonn ansässigen Zentrums für Soziale Inklusion, Migration und Teilhabe (ZSIMT). Er ist promovierter Erziehungswissenschaftler und verfügt über mehrjährige internationale Erfahrung als Experte, Projektleiter, Berater und Referent in den Bereichen der Diversity Management im Non-Profit Bereich und gesellschaftliche Teilhabe. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth leitet die Veröffentlichung mit einem Vorwort ein.“

Die Broschüre zum Download unter:

<https://www.idaev.de/publikationen/online-veroeffentlichung-zur-anti-bias-bildung/>

Neu in der Bibliothek

Nichts ist, wie es scheint



... ähnliche Äußerungen wie diese sind auch in Zeiten der gegenwärtigen Corona-Pandemie – vor allem im Internet – zu vernehmen. Artikuliert werden in diesem Sinne Mutmaßungen über die Verursacher*innen der Pandemie, ihre Pläne und ihre Ziele, in denen sich allzu oft auch antisemitische und rassistische Vorstellungen widerspiegeln. Die Verbreitung derartiger Verschwörungstheorien verweist auf die enorme Aktualität des

Buches „Nichts ist, wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien“ von Michael Butter, die dieses auch längerfristig noch haben wird.

In ihm widmet sich der Autor in einer sehr leserfreundlichen und klaren Sprache sowie in differenzierter Weise dem Thema ‚Verschwörungstheorien‘, die er bewusst als *-theorien* und nicht etwa als *-ideologien* bezeichnet und von ‚Verschwörungsgerüchten‘ abgrenzt. Seine Analysen entfaltet er unter Einbezug konkreter verschwörungstheoretischer Texte sowie von Fallstudien und macht nachvollziehbar deutlich, was solche Theorien charakterisiert und wieso sie seit Jahrhunderten für so viele Menschen attraktiv sind. Dabei geht er auch auf Unterschiede zwischen überaus realen Verschwörungen und Verschwörungstheorien ein. Für Letztere stelle die „Idee, dass Geschichte plan- und kontrollierbar ist“, etwas Wesentliches dar, so Butter. „Verschwörungstheorien basieren auf der Annahme, dass Menschen den Verlauf der Geschichte ihren Intentionen entsprechend lenken können, dass Geschichte also planbar ist. Sie schreiben den Verschwörern die Fähigkeit zu, über Jahre, manchmal sogar Jahrzehnte hinweg die Geschichte eines Landes oder sogar der Welt zu bestimmen“. Wie abwegig solche Annahmen sind, zeigt Butter unter Einbezug soziologischer, psychologischer und politikwissenschaftlicher Erkenntnisse auf und betont letztlich, wie sehr „konspirationistisches Denken auf einem fehlerhaften Verständnis sozialer Prozesse beruht“.

So banal sie klingt, so wichtig erscheint seine Feststellung, dass es ein „wichtiges Charakteristikum von Verschwörungstheorien“ darstellt, dass sie „falsch sind“. Dennoch glauben beachtliche Anteile von Bevölkerungsgruppen daran,

wobei Butter insbesondere auf Europa und die USA fokussiert. Keineswegs, so wird dargestellt, findet sich der Glaube an solche Theorien nur etwa bei Rechtsextremist*innen oder Anhänger*innen populistischer Bewegungen und Parteien, wenngleich sich in diesen Zusammenhängen laut Butter deutliche Affinitäten feststellen ließen.

Der Autor identifiziert und unterscheidet drei Arten von Verschwörungstheorien, die er als Ereignis-, System- oder Superverschwörungstheorien erfasst. Allesamt haben gemeinsam, dass sie für Menschen, die an sie glauben, mit einem Gewinn verbunden sind. Sie können sich selbst aufwerten als diejenigen, die ‚das Ganze – im Gegensatz zu allen anderen – durchschauen‘, und sich inszenieren als die „wenige[n] Mutigen, die versuchen aufzuklären und [die] dafür angefeindet werden“. Verschwörungstheorien wirken komplexitätsreduzierend, stiften Sinn und ermöglichen es, ein positives und weitgehend widerspruchsfreies Selbstbild zu konstruieren. Ebendies mache es laut Butter auch so schwer, Reflexionsprozesse bei Menschen anzustoßen, die Verschwörungstheorien anhängen – Kritik oder ein Hinterfragen werde als Angriff auf das eigene Selbstbild gewertet, was Schließungs- und Abwehrprozesse begünstige sowie Distanzierungsprozessen im Wege stehe. Daher plädiert Butter dafür, dass „Aufklärung [...] bei denjenigen ansetzen [sollte], die den Erklärungsangeboten von Verschwörungstheorien schon begegnet, aber davon noch nicht überzeugt sind“.

Zwar ermöglicht das Buch auch für Praktiker*innen der Bildungsarbeit eine sehr gewinnbringende Orientierung in diesem komplexen Themenfeld, aber was das ‚Wie?‘ der ‚Aufklärung‘ betrifft, bleiben die Antworten des Autors leider recht übersichtlich, wenn in allgemeiner Weise zum Beispiel auf ‚Medienkompetenz‘ eingegangen wird. Der Schwerpunkt des Buches liegt jedoch schlichtweg nicht im Bereich der Bildungsarbeit. Insofern schmälert diese Kritik keineswegs seine besondere Bedeutung, die ihm zweifelsfrei zukommt. (Stefan E. Hößl)

Michael Butter: ‚Nichts ist, wie es scheint‘. Über Verschwörungstheorien
Suhrkamp Verlag, Berlin 2018
271 Seiten, 18 Euro
ISBN: 978-3-518-07360-5

Judenhass im Internet

„Nicht weiter so!“ lautet am Ende ihrer neuen Studie der eindringliche Appell von Monika Schwarz-Friesel. Die Autorin zieht ein besorgniserregendes Fazit: „Die bisherigen Bemühungen haben den Judenhass nicht eingedämmt, und mit dem Internet ist nun zusätzlich mitten in der Gesellschaft die Kommunikationsplattform für die Verbreitung antisemitischen Gedankenguts vorhanden, die das Potenzial hat, den Hass intensiver und unkontrollierter denn je in die Zukunft zu tragen.“

Das Buch, in dem im zweiten Kapitel eine prägnante definitorische Hinführung zu ‚Antisemitismus‘ aufgenommen ist, versammelt Forschungsergebnisse aus einer durch die DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) geförderte Langzeitstudie zu Antisemitismus im Internet, welche sich auf sehr umfangreiche Datenbestände stützt, die zwischen den Jahren 2007 und 2018 erhoben wurden. Bemerkenswert ist hieran, dass es sich nicht um Befragungen handelt, die Eingang in die Auswertung fanden, sondern vielmehr um ungefilterte Kommentare von Internet-Nutzer*innen, die diese aus eigenem Antrieb schrieben. Verzerrende Effekte, bspw. durch das Gefühl, man müsse in einer Befragung politisch korrekt auf Fragen antworten, konnten so vermieden werden.

Die Resultate ihrer Untersuchungen zeigen Schwarz-Friesel, dass „Antisemitismus [...] trotz Auschwitz ungebrochen“ weiter existiert, dass das Internet gegenwärtig den „primäre[n] Tradierungsort und Multiplikator für die Verbreitung von jüdenfeindlichen Inhalten“ darstellt, und dass „die Artikulation und Verbreitung von Antisemitismen über das Web 2.0 [weltweit] zu[nimmt]“. „Das Sag- und Sichtbarkeitsfeld“, so die Autorin, habe sich „exorbitant vergrößert“. Der israelbezogene Antisemitismus stelle dabei aktuell „die dominante Manifestationsform der Jüdenfeindschaft im 21. Jahrhundert“ dar. In prägnanter Weise – unter Verwendung des Beispielsatzes „Ich kritisiere, dass Du existierst“ – konkretisiert die Autorin in diesem Zusammenhang die Unterschiede zwischen einer kritischen Positionierung gegenüber dem Staat Israel und israelbezogenem Antisemitismus

Nicht so recht überzeugen kann die in der Studie vorgenommene und wenig trennscharfe Kategorisierung von Nutzer*innen in ‚rechts-extrem – eher rechts/rechtskonservativ – gesellschaftliche Mitte – eher links – linksextrem – muslimisch/islamistisch – psychopathologisch‘ und daneben ist anzumerken, dass die Sprache und die theoretischen Konzepte der

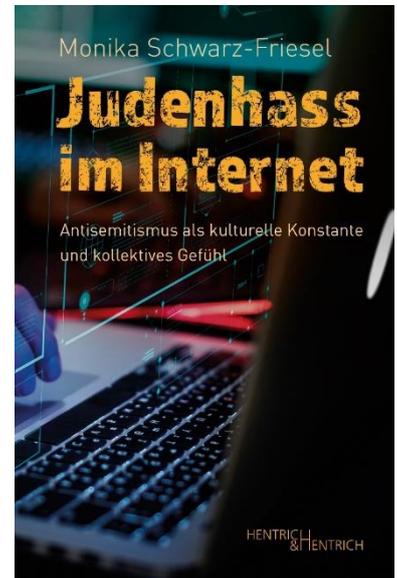
Autorin anspruchsvoll sind. Wer sich jedoch mit Letzteren intensiver auseinandersetzen möchte, dem sei die Studie ‚Die Sprache der Jüdenfeindschaft im 21. Jahrhundert‘ (Schwarz-Friesel/Reinharz 2013) empfohlen, bei der es sich um eine der bedeutendsten Schriften der Antisemitismusforschung der letzten Jahre handelt.

Insgesamt betrachtet ist die mit zahlreichen Beispielen unterfütterte Studie ‚Judenhass im Internet‘ vor allem dahingehend von großer Bedeutung, dass sie eindrücklich aufzuzeigen im Stande ist, wie sehr sich Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen in der digitalen Welt Bahn bricht – und wie sich trotz unterschiedlicher Artikulationsweisen eine deutliche Kohärenz hinsichtlich der Grundstruktur der jüdenfeindlichen Vorstellungen über Jahrhunderte bis hinein in die Gegenwart zeigt. (Stefan E. Hößl)

Monika Schwarz-Friesel: Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl.

Hentrich & Hentrich Verlag, Berlin/Leipzig 2019
167 Seiten, 17,90 Euro
ISBN: 978-3-95565-328-6

Am 28. Mai 2020 sollte Monika Schwarz-Friesel ihre neue Studie im NS-Dokumentationszentrum vorstellen. Aufgrund der aktuellen Situation muss der Vortrag leider abgesagt und auf das Jahr 2021 verschoben werden!



Am rechten Rand

Prozessbeginn um André M.

In Berlin hat am 21.04. der Prozess um André M. begonnen, der unmittelbar nach Beginn der Verhandlungen von einer per Mail eingegangenen Bombendrohung unterbrochen wurde. André M. ist laut Anklage für bundesweit versandte Drohmails verantwortlich, die er an Politiker*innen, Gerichte, Medien, Polizeidienststellen und öffentliche Einrichtungen richtete. Die Mails unterzeichnete M. mit dem Tarnnamen „Nationalsozialistische Offensive“. Die Drohung am Verhandlungstag fordert einen Freispruch für M. und zeigt: es handelt sich nicht um einen Einzeltäter. Auch dieser Verfasser agiert mit Tarnnamen („Staatsstreicherorchester“, „NSU 2.0“,

„Wehrmacht“) und spricht von M. als „Mitarbeiter“ und „Kollegen“. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass letzterer bereits seit Januar 2019 als Mittäter von M. auftritt. Auch Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker sowie NRW Landtagsabgeordneter Jürgen Hollstein erreichten Drohbriefe, die sich auf den Mord an Regierungspräsidenten Walter Lübcke beziehen und benennen: „Die Phase bevorstehender Säuberungen wurde mit Walter Lübcke erst eingeleitet“ – unterzeichnet mit „Staatsstreicherorchester“.

Die am 21.04. gestarteten Verhandlungen konnten nach einer kurzen Unterbrechung am selben Tag fortgesetzt werden. (kt)

Rechte-Rhein-Erft fordert Ende des Shutdowns

Der Kreisverband Rhein-Erft der Partei Die Rechte verbreitete Anfang April einen Aufruf ihres Bundesvorstandes zur Beendigung des Shutdowns. Darin unterstellt die Partei der Bundesregierung, auf die Corona-Pandemie „panisch“ reagiert zu haben. Außerdem werfen sie ihr „Desinformation“, „Panikmache“ und das „Frisieren von Zahlen“ im Zusammenhang mit den Todesopfern der Pandemie vor. Zusätzlich ermuntern sie die Menschen, juristisch gegen Einschränkungen vorzugehen und Gegeninformationen zu verbreiten.

Zusätzlich mobilisiert die Rechte zu einer bundesweiten Demonstration am 1. Mai in Hamburg-Harburg, organisiert von den Neonazis Christian Worch und Thomas Wulff. Zwar haben die Hamburger Behörden am 25. April die Demonstration vorerst verboten, jedoch kündigt die Rechte an, dagegen Klage einzureichen. Eine Entscheidung stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest. (fe)

Rechte Gruppen dienen sich als Erntehilfe an

Die NPD Köln verbreitet via Facebook einen Aufruf der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationalisten“, sich landwirtschaftlichen Betrieben als Erntehilfe zur Verfügung zu stellen. Verbunden ist der Aufruf mit einer Forderung nach „Autarkie und Selbstversorgung“ sowie einer Ablehnung ausländischer Erntehelfer*innen. Die Grenzsicherungen werden als wichtiger Schritt gesehen, die auch für eine stabile Wirtschaft ein „Segen“ wären, wenn man anstelle ausländischer Arbeitnehmer*innen Arbeitsplätze für „deutsche Arbeiter“ schaffe.

Unter dem Hashtag „Fridays for Farmers“ mobilisiert aber auch die „Junge Alternative NRW“ (JA NRW) ihre Anhänger*innen zur Unterstützung „heimischer Bauern“. Gemeinsam mit der JA Köln und Düsseldorf sollen ausgewählte Bauernhöfe im Rhein-Erft Gebiet und am Niederrhein unterstützt werden. Garniert ist der Aufruf mit der pathetischen Formulierung, sich „in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen“ und sich „bei ehrlicher Arbeit die Finger schmutzig zu machen“. Inwieweit dem Aufruf Taten folgten, ist nicht bekannt. (fe)

Antimuslimische Propaganda

Die extrem rechte Kleinstgruppierung „Aufbruch Leverkusen“ um den ex pro NRWler Markus Beisicht wirbt weiterhin für eine Demonstration am 23. Mai 2020 in Leverkusen unter dem Motto „Grundgesetz statt Scharia“. Als Redner*innen angekündigt sind der ex AfD-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt Andre Poggenburg (jetzt „Aufbruch deutscher Patrioten) und Stephanie von Laak von der rassistischen Initiative „NRW stellt sich quer“, die die so genannten

„Mischszenen“ anspricht und Doris von Sayn-Wittgenstein, die fast AfD-Chefin geworden wäre und schließlich aus der Partei ausgeschlossen wurde, weil sie den revisionistischen „Gedächtnisstätte“ unterstützt hatte.

Darüber hinaus kündigt die „Bürgerbewegung Aufbruch Leverkusen“ an, zur für September geplanten Kommunalwahl anzutreten und bittet um Unterstützungsunterschriften. (kg)

Fritzfeed – rechte Propaganda in jugendlichem Look

Seit Anfang April 2020 ist das Portal „Fritzfeed“ online. Dabei handelt es sich um ein neues Jugendportal, das versucht rechte Propaganda und Meinungsmache mit buntem und jugendlichem Design zu betreiben. Das Ziel: leichte humoristische Unterhaltung vermischt mit extrem rechter Ideologie.

Gründer des Portals ist Christian Schäler, der in der Vergangenheit sowohl in Verbindung mit der „Identitären Bewegung“ (IB) und verschiedenen Mitgliedern der AfD stand. So führt die im Impressum von „Fritzfeed“ angegebene Adresse keinesfalls zu Schäler, sondern zu der Adresse der ehemaligen Kanzlei Roger Beckamps, Landtagsmitglied der AfD. Damit konfrontiert lässt Beckamp gegenüber „netzpolitik.org“ und „bento“ verlautbaren, er betreue den Betreiber von „Fritzfeed“ lediglich juristisch. Dass die Kontakte aber weitaus über juristische Betreuung hinausgehen zeigt ein Blick in die Vergangenheit, in der Schäler oft an der Seite Beckamps aufgetreten ist, u.a. als Kameramann für den YouTube-Kanal Beckamps. Beckamp ist zudem einer der ersten, der aktiv die Beiträge von „Fritzfeed“ auf seinen Social Media-Kanälen teilt. Auch sonst weist das Portal einige Verbindungen zur AfD auf, z.B. durch AfD-Mitglieder, die als Autor*innen auftreten. Unmittelbar nach dem „netzpolitik.org“ und „Bento“ die Verantwortlichen damit konfrontierten, wurden binnen Minuten zahlreiche Autor*innenprofile von „Fritzfeed“ gelöscht – so das von Tino Perlick, aktives Mitglied der AfD und JA sowie ein Autor des rechten „Arcadi“-Magazins.

Ebenfalls als Autor für das Portal unterwegs ist Tim Beuter, der seit Jahren im Umfeld der IB auftritt. So beteiligte er sich im Dezember 2016 an einer Aktion der IB, bei der ein Banner vom Dach des Kölner Hauptbahnhofs gerollt wurde

und für die er im Nachgang eine Geldstrafe zahlen musste. Beuter war zuletzt 2019 auf dem AfD Parteitag anwesend und ist auch für über 40 Meldungen der AfD-Webseite als Pressesprecher verantwortlich.

Die rechte Szene setzt viel auf das Portal. So sagt Martin Sellner (Kopf der IB Österreich) auf seinem YouTube-Kanal: „Mit der Seite werden wir ganz, ganz tief vordringen in die Handys und in die Feeds und in die WhatsApp-Chats von jungen Leuten.“ Die bewusste Vermischung von jugend- und popkulturellen Elementen mit zutiefst rassistischen und rechten Auffassungen ist der Mechanismus unter dem „Fritzfeed“ politische Meinungsbildung betreiben möchte. So findet sich neben einem Quiz“ das fragt: „Mann oder Frau? Wie gut kannst du 2020 die Geschlechter noch auseinanderhalten?!“ eine Bildstrecke zu „20 grünen Lügen, die die Landwirtschaft kaputt machen“ oder „8 Maßnahmen Ausreisepflichtige auch wirklich abzuschieben“.

Zahlreiche rechte Akteur*innen und Gruppierungen bezogen sich innerhalb kürzester Zeit auf das Portal und teilen dessen Beiträge, so z.B. die im Bonner Raum verorteter Gruppierung Lukreta aus dem Umfeld der IB oder der rechte Blog „PI-News“.

Am 23. April teilte NRW-Innenminister Herbert Reul mit, dass der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz die Inhalte von Fritzfeed zum Teil für rechtsextrem halte. „Fritzfeed“ reihe sich in die Medienstrategie der Neuen Rechten einreih, nämlich: mit einem modernen Auftritt ein großes Publikum außerhalb der eigenen Szene zu erreichen.

Die Internetseite ist seit Ende April wieder offline, weitere Meldungen lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor. (kt)

Spazieren mit dem Grundgesetz

Am 5., 12. April sowie am 19. April kam es in Köln zu mehreren „Spaziergängen mit dem Grundgesetz“. Aufgerufen zu den Aktionen hatten u.a. Personen, die aus dem Umfeld der „Patrioten in Köln“ kommen und sich über den Messengerdienst Telegram organisieren und austauschen. An allen Tagen verteilten die Teilnehmer*innen Grundgesetze und Flyer der Internetplattform „Deutschland sucht das Grundgesetz“. Initiiert wurde diese durch Jörg Bechem („Jay“), der auf diese Weise ein Netzwerk für all jene entstehen lassen will, die sich fragen „ob dass [sic] Grundgesetz (Artikl [sic] 1 bis 20) nicht auch in Krisenzeiten unangetastet bleiben sollte.“

In einem auf YouTube veröffentlichten Interview bezieht sich Berchem auf Artikel 20 (3) des Grundgesetzes, welcher sagt „gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Der vermeintlich korrekte Bezug auf das Grundgesetz wird mit gängigen Verschwörungsfantasiën verknüpft, wie z.B. der Annahme, die WHO sei korrupt und gehöre der Lobby der Pharmaindustrie an. Dazu kommt die in verschwörungsideologischen Kreisen weit verbreiteten und für den Antisemitismus anknüpfbare Idee, dass bestimmte Personen die Welt im Hintergrund kontrollieren.

Der „Spaziergang“, der am 19. April stattfand, stand neben der „Verteidigung des Grundgesetzes“ auch gegen die von Bund und Land auferlegten Corona-Schutzmaßnahmen. Es versammelten sich Personen (die Monate zuvor auch

bei den Demonstrationen rund um den WDR aktiv waren) aus dem rechten und rechtsextremem Spektrum, Personen aus Kreisen der Verschwörungstheorie und der Reichsbürgerszene oder so genannte „Wutbürger*innen“. Aber auch Personen, die (bislang) keinem politischen Spektrum konkret zugerechnet werden können. Als Rednerin trat die selbsternannte Auralerin und Herz-Coach Johanne Liesegang auf, die u.a. Werbung für o.g. Telegramgruppe macht, vor Impfungen warnt und dazu aufruft, keine Krankenhäuser aufzusuchen, da dort tödliche Medikamente verabreicht würden. Die Polizei nahm Personalien auf und erteilte Platzverweise. Aus dem Kreis der anwesenden Personen ertönte die in der rechten Szene gern genutzte Parole „Wir sind das Volk.“ Ähnliche kleinere Aktionen waren in den vergangenen Wochen auch bundesweit bemerkbar. So ruft z.B. der rechte Aktivist Henryk Stöckl in den sozialen Medien und über verschiedene Messenger zu „bundesweiten Demonstrationen gegen das Grundgesetz“ an jedem Samstag und „in jeder Großstadt“ auf.

Am Sonntag, 26. April kam es erneut zu Kundgebungen die parallel am Heumarkt in der Kölner Altstadt, dem Roncalliplatz unweit des Domes sowie dem Chlodwigplatz in der Kölner Südstadt stattfanden. Diese liefen unter dem Motto „Wir mahnen den Erhalt der Grundrechte auch in Krisenzeiten“. Als Anmelderin trat wieder Johanne Liesegang in Erscheinung. Die Kundgebung am Sonntag verlief mit einigen Tumulten und Pöbeleien, die Polizei musste einschreiten. Am Chlodwigplatz zeigte eine Teilnehmerin den Hitlergruß. (kt)

Bildnachweise:

- S. 2: National Archives and Records Administration/NS-DOK (o.)
Fritz Bauer Institut (M.)
- S. 4: Instagram Helen Fares, Story-Screenshot
- S. 5: Instagram Tupoka Ogette, 25.02.2020 Story-Screenshot
- S. 7: Land NRW
- S. 12: Jan Krauthäuser
- S.13: OBR/back up
- S. 14: Kurdische Gemeinschaft Rhein-Sieg/Bonn e.V.
- S. 15: W-film
- S. 17: Suhrkamp Verlag
- S. 18: Hentrich & Hentrich Verlag

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.